



VCI-Position

Aus Krise wird Zukunft: Unsere Top 5

Um die Corona-Pandemie einzudämmen, die Gesundheitssysteme nicht zu überlasten und Leben zu retten, haben fast alle Länder der Welt erhebliche Teile der Wirtschaft mit Ge- und Verboten heruntergefahren, Ausgangssperren verhängt und Kontaktverbote eingeführt. Der grenzüberschreitende Personen- und Warenverkehr wurde stark eingeschränkt.

Die Maßnahmen zeigen Wirkung. In Deutschland und vielen anderen Ländern Europas sinkt die Zahl der Neuinfektionen sowie der Krankenstand. Zugleich finden sich die betroffenen Staaten in einer tiefen Rezession wieder. Mittlerweile haben die Regierungen begonnen, die Wirtschaft wieder hochzufahren. Mit diesem Papier gibt der VCI einige konkrete Empfehlungen, welche Maßnahmen aus Sicht der Chemie- und Pharmaindustrie nötig sind, damit Deutschland und Europa gestärkt aus dieser Krise hervorgehen können.

1. Shutdown so schnell wie möglich beenden – sichere Produktion in Betrieben ermöglichen

- **Testkapazitäten voll nutzen und ausbauen:** Um die Verbreitung des Virus einzudämmen und Erkrankte frühzeitig zu erkennen und zu isolieren, müssen die verfügbaren Testkapazitäten besser als bisher genutzt werden. Zudem muss die Zahl der Tests von derzeit rund 400.000 pro Woche weiter erhöht und innovative Testverfahren entwickelt werden. Hierzu muss der Bund zusätzliche Mittel mobilisieren.
- **Normalbetrieb im Gesundheitssystem wieder ermöglichen:** Medizinische Eingriffe müssen wieder in normalem Umfang durchgeführt werden. Die Länder müssen Konzepte für den Abbau des Operations- und Behandlungsstaus vorlegen und die Patienten öffentlich informieren. COVID-Behandlungskapazitäten müssen aber im Notfall wieder hochgefahren werden können.
- **Versorgung mit persönlicher Schutzausrüstung sicherstellen:** Die Vorräte an Schutzausrüstungen sind kurz- und langfristig aufzustocken. Importe müssen erleichtert werden, Flexibilität bei der Zulassung und Sicherstellung von hohen Standards sowie der Schutz vor gefälschten Produkten müssen dabei in Einklang gebracht werden. Heimische Produzenten müssen Anreize, wie zum Beispiel eine Investitionsförderung bekommen, um notwendige Kapazitäten auszubauen.
- **Konzepte für den Regelbetrieb öffentlicher Dienstleistungen:** Von Kindertagesstätten bis zu Schulen, vom öffentlichen Nahverkehr bis zur kommunalen Verwaltung – sie müssen bei hohen Hygienestandards wieder schnell in den Regelbetrieb überführt werden. Hierfür müssen rasch

Konzepte und Hygienestandards entwickelt werden, die einen sicheren Betrieb ermöglichen. Die Ausweitung von digitalen Angeboten der Verwaltung und ergänzende Möglichkeiten des digitalen Unterrichts zusätzlich zum Regelbetrieb müssen für alle Schulen schnell ausgebaut werden.

- **Regulierung und Verwaltungshandeln mit Augenmaß:** Die Zusammenarbeit zwischen Behördenvertretern und Unternehmen war in den letzten Wochen vielerorts geprägt von gegenseitigem Verständnis und Entgegenkommen. Dies muss für die Zukunft erhalten und möglichst ausgebaut werden. Ermessensspielräume müssen daher auch in Zukunft durch die Verwaltung im Sinne von Pragmatismus und Flexibilität genutzt werden. Wo keine Ermessensspielräume vorhanden sind, sollten diese politisch geschaffen werden. Hierzu zählen zum Beispiel die Verlängerung amtlicher Fristen, Flexibilität und Pragmatismus bei der Umsetzung von Regeln sowie schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren.

2. Störungen der internationalen Lieferketten beseitigen

- **Grenzöffnungen:** Barrierefreier Grenzübertritt im EU-Binnenmarkt muss wieder möglich werden: unverzüglich für Waren und Pendler, in einem Stufenplan für andere Reisezwecke bis hin zur vollständigen Wiederherstellung der Schengen-Regeln. Für Quarantäneregeln bei Geschäftsreisen sind pragmatische Ansätze zu finden. Dafür nötige Voraussetzungen (z.B. green lanes, Tests, Hygienekonzepte für grenzüberschreitende Verkehrsmittel) sind zu schaffen.
- **Handelsbarrieren für Schutzausrüstungen und Vorprodukte wieder abbauen:** In vielen industriellen Produktionsprozessen sind Schutzausrüstungen unerlässlich, die Produktion wurde durch Handelsbeschränkungen gefährdet. Die entsprechenden Handelsbarrieren und -kontrollen sind abzubauen. Die Einfuhr muss bei Einhaltung hoher Produktstandards weiter erleichtert werden.
- **Initiative für den Abbau von Barrieren in Drittstaaten:** Bundesregierung und EU sollten sich im Rahmen der G20 auf den Verzicht auf neue und den Abbau neu eingeführter Grenzmaßnahmen einigen, damit Exporte, Importe und internationale Lieferketten ihre Funktionen wieder reibungsarm wahrnehmen können. Dort wo eine gegenseitige Anerkennung von Standards möglich war, z.B. bei Maskenstandards, sollten diese verstetigt werden.
- **Zollabbau für pandemierelevante Produkte:** Deutschland, die EU und ihre Partner sollten den Abbau Corona-relevanter Handelsbarrieren prüfen und Zollverfahren vereinfachen. Denn gerade auch der Handel mit pharmazeutischen und medizintechnischen Produkten sowie Vorprodukten

aus der Chemie kann global zur Bekämpfung der Pandemie beitragen:¹ einseitig durch temporäre Maßnahmen oder, falls möglich, dauerhaft durch ein WTO-konformes Abkommen.

- **Bürokratieabbau in Handel und Grenzverkehr:** Die Corona-Krise sollte zur Überprüfung bestehender Abläufe im Grenzverkehr genutzt werden. Zum Beispiel sollte die A1-Bescheinigung für Mitarbeiter, die aus dienstlichem Grund in ein anders EU-Mitgliedsland einreisen, abgeschafft oder zumindest kurzfristig ausgesetzt werden. Auch die im Unionszollkodex (UZK) verankerten IT-Projekte und Erleichterungen, darunter die zentrale Zollabwicklung und die Selbstveranlagung, sollten zügig umgesetzt werden.
- **Resilienz-Analyse:** Politik und Wirtschaft sollten in einen Dialog treten, wie für die Gesundheitswirtschaft relevante internationale Lieferketten so organisiert werden können, dass ihre Robustheit verbessert werden kann. Resilienz im Gesundheitswesen ist ein gesellschaftliches Ziel. Ihre Verfolgung muss aus öffentlichen Mittel finanziert werden und darf nicht auf Kosten von Effizienz und Innovationsfähigkeit der beteiligten Sektoren gehen.

3. Konjunkturprogramm: Steuern und Abgaben senken

- **Liquidität erhalten:** Die Liquiditätssituation wird in vielen Unternehmen kritisch bleiben. Daher muss die öffentliche Hand ihre Programme (Fälligkeitsverschiebung bei der Lohnsteuer, bei Steuernachzahlungen und bei Sozialversicherungsbeiträgen, flexible Rückzahlungen von Überbrückungskrediten) bedarfsgerecht nachjustieren bzw. ausbauen. Auch eine Stundung von Kreditschulden, möglicherweise auch ein Teilerlass, könnte gerade im Mittelstand geboten sein.
- **Konjunkturpolitisches Impulsprogramm:** Ergänzend zu den bereits beschlossenen Sofortmaßnahmen brauchen die Unternehmen rasch steuerliche Entlastungen. Dies ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass in Deutschland Unternehmenssteuern im internationalen Vergleich derzeit einen Spitzenplatz belegen.
 - Zusätzlich sollte durch eine **deutliche Ausweitung des Verlustrücktrags bis einschließlich 2017** den Unternehmen Liquidität für Investitionen zugeführt werden. Darüber muss die Einschränkung der Verlustverrechnung mit zukünftigen Gewinnen beseitigt werden. Diese Ausweitungen der Verlustverrechnung sind solide haushaltspolitische

¹ [ICCA Public Letter an die G20 Leaders](#)

Instrumente mit Augenmaß, um den dringend benötigten Liquiditätsbedarf in der Krise und auf dem Weg aus der Krise sicherzustellen.

- Ergänzend schlagen wir vor, die **Unternehmenssteuern zumindest temporär** auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau zu **senken**, um zusätzliche Konjunkturimpulse zu setzen und Unternehmen am Standort zu halten. Dies kann durch eine Senkung der Steuersätze oder durch die Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Körperschaftsteuer /Einkommensteuer erfolgen sowie durch flankierende Entlastungsmaßnahmen bei der Gewerbesteuer.
- Die **Anrechnung des Kurzarbeitergeldes** auf die Lohnsummen bei der **Erbschaftsteuer**-Verschonung würde im Ergebnis Kapital im Unternehmen belassen und Unternehmen damit finanziell stärken.
- Der **Solidaritätszuschlag** muss sofort und **vollständig abgeschafft werden** – hiervon würden alle Unternehmen egal welcher Größe profitieren.
- **Energiekosten senken statt erhöhen:** Für die energieintensive Chemie ist ein Belastungsmoratorium gerade bei den Energiekosten dringend erforderlich. Kurzfristige Maßnahmen sollten insbesondere darauf abzielen, neue, zusätzliche Belastungen für die energieintensive Industrie aus energie- und klimapolitischer Gesetzgebung zu vermeiden oder zu senken. Die Kompensation des kohleausstiegsbedingt steigenden Strompreises sollte als „Muss-Bestimmung“ gesetzlich festgeschrieben werden. Im Rahmen des EU-ETS ist die Strompreiskompensation zu verbessern, die Marktstabilitätsreserve neu zu bewerten und „Corona-Jahre“ sollten aus der Basis für die kostenlose Zuteilung ausgeklammert werden. Gerade zur Entlastung des Mittelstandes ist die EEG-Umlage zu senken.
- Die **Mehrwertsteuer auf Medizinprodukte** ist einheitlich auf 7% abzusenken. Dies führt zu einer notwendigen Vereinfachung sowie Rechtssicherheit und würde darüber hinaus Krankenhäuser und Ärzte, die zu großen Teilen nicht vorsteuerabzugsberechtigt sind, und am Ende die Krankenversicherten/Lohnnebenkosten entlasten.
- **Nachhaltige Finanzen im Blick behalten:** Die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte und die Stabilität des Finanzsystems muss im Blick behalten werden. Es muss verhindert werden, dass die notwendige spätere Konsolidierung nicht zu Lasten öffentlicher Investitionen geht oder zu Steuererhöhungen, z.B. durch Einführung einer Vermögensteuer, führt. Sie ist Gift für die Wirtschaft und insbesondere für mittelständische Unternehmen. Eine Vermögensteuer schmälert die Eigenkapitalbasis der Unternehmen, greift in die Unternehmenssubstanz ein und schwächt die Unternehmen für notwendige Investitionen auf dem Weg aus der Krise.

4. Wachstumsprogramm: Leistungsfähige Infrastruktur, Investitionsanreize für private Investitionen, Fesseln abbauen

- **In Infrastrukturprogramm investieren:** Zur Stimulierung des Wachstums muss der Staat den Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur (Energie, Verkehr, Digital-, Gesundheitswirtschaft, Bildung) beschleunigen. Dazu müssen die investiven Ausgaben der öffentlichen Hand für ein Jahrzehnt um mindestens 50 Milliarden Euro pro Jahr ausgeweitet werden. Gerade der industrielle Mittelstand ist auch außerhalb von Ballungszentren auf das Breitbandnetz und ein leistungsfähiges Verkehrswegenetz angewiesen.
- **Ausbau Gigabitnetze:** Die Corona-Krise hat der Digitalisierung einen Schub gegeben, der bleiben wird. Oftmals hatte diese Digitalisierung aber bei nicht ausreichend leistungsfähiger digitaler Infrastruktur ihre Grenzen. Der zügige Ausbau der Gigabitnetze muss deshalb mit noch mehr Einsatz vorangetrieben werden. Dadurch könnten mittel- und langfristig auch noch weitere Potenziale in den Unternehmen erfasst und gehoben werden.
- **Programm zur Unterstützung privater Investitionen:**
 - **Beihilfen:** Die Bundesregierung sollte den aktuellen Beihilferahmen ausnutzen, neue IPCEIs initiieren sowie neue zusätzliche beihilferechtliche Sondergenehmigungen für klima- und energiepolitische Konjunktur- und Transformationsprogramme schaffen. Der europäische Beihilferahmen muss generell die Transformation der Wirtschaft und aktuell die wirtschaftliche Erholung stützen und fördern und darf nicht als Hindernis wirken.
 - **Unternehmenssteuerreform:** Der Reformstau im Unternehmenssteuerrecht muss aufgelöst und nachhaltige Strukturreformen umgesetzt werden. Ziel muss sein, die Unternehmen in Deutschland zu halten und neue Investitionen anzureizen. Damit das gelingt, müssen die Unternehmenssteuern auf ein wettbewerbsfähiges Niveau gesenkt werden.
 - **Struktureller Umbau der energiepolitischen Abgaben:** Schon vor der Corona-Krise hat das hohe Kostenniveau die internationale Wettbewerbsfähigkeit der hier produzierenden Unternehmen gemindert. Um Investitionsspielräume von Unternehmen zu erweitern, dürfen diese Belastungen nicht weiter steigen. Die staatlich verursachten Kostenanteile der Energiepreise sollten sogar strukturell reduziert werden.
 - **Innovationen:** Die bestehenden Instrumente der Innovationsförderung müssen ausgebaut werden, darunter auch die steuerliche Forschungsförderung. Letztere muss darüber hinaus entbürokratisiert werden, um für den Mittelstand besser nutzbar zu sein. Zudem sollten

Institutionen nutzt, wie etwa den ESM mit angepasster Konditionalität, die EIB-Gruppe, die EZB und den gemeinsamen Haushalt der EU. Vor allem die Erhöhung des EU-Haushalts stellt eine transparente und zielführende Maßnahme dar, die schnelles und effektives europäisches Handeln ermöglicht. Solidarische Maßnahmen auf europäischer Ebene, wie das bereits beschlossene europäische Kurzarbeitergeld „SURE“, sollten jedoch klar auf die Krisenbewältigung befristet und nicht für einen Systembruch genutzt werden. Die ordnungspolitischen Prinzipien der Subsidiarität und der Einheit von Haftung und Kontrolle sind weiterhin zu garantieren.

- „Recovery Plan“ auf Stärkung europäischer Wertschöpfungsnetze ausrichten:** Wir sind sehr besorgt über die wirtschaftliche Situation der EU-Unternehmen in unseren Zuliefer- und Abnehmerbranchen, die zum Teil in ihrer Existenz bedroht sind. Wir begrüßen daher alle Maßnahmen, die schnelle und unbürokratische Hilfe zur Verfügung stellen, um die europäischen Wertschöpfungsketten in dieser außergewöhnlichen Situation weitgehend unversehrt zu erhalten. Ziel muss es sein, dass die Produktion nach der Krise reibungslos wieder aufgenommen werden kann.
- „Green Deal“ auf nachhaltiges Wachstum programmieren:** Der „Green Deal“ muss zu einem „Sustainable Deal“ weiterentwickelt werden. Wir stehen zum Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050. Um dieses zu erreichen, sind umfangreiche Investitionen in neue Technologien notwendig. Finanzierbar sind diese nur mit einer leistungsfähigen Wirtschaft und einem hohen Beschäftigungsstand. Deshalb muss eine kraftvolle Industriestrategie Teil des „Sustainable Deal“ sein. Es sollte sowohl um den Aufbau neuer Schlüsselkompetenzen als auch um die Weiterentwicklung der vorhandenen Produktionsstätten und eine erhöhte Resilienz von Lieferketten gehen.
- EU-Industriestrategie auf Wachstumsimpulse, Innovation und Transformation ausrichten:** Die Industriestrategie im Rahmen der beiden EU-Programme sollte insbesondere auf Investitionen in den europaweiten Ausbau der erneuerbaren Energieversorgung, der Wasserstoffwirtschaft, der zirkulären Wirtschaft, der Digitalisierung und eine leistungsfähige Gesundheitswirtschaft setzen. Öffentliche und private Investitionen müssen Hand in Hand gehen. Wo die Transformations-Technologien derzeit noch nicht marktreif sind, müssen schon jetzt zusätzliche Mittel für Forschung und Entwicklung mobilisiert werden. Die Industriestrategie sollte die EU-Industrie zudem dabei unterstützen, ihre Resilienz und Diversifizierung in der globalisierten Weltwirtschaft zu verbessern. Dabei sollte es gerade nicht um Protektion gehen – es gilt die Produktionsbedingungen in der EU so attraktiv zu gestalten, dass sie für Investitionen aus dem EU-Inland und dem EU-Ausland attraktiv sind. Die Corona-Krise hat die große Bedeutung der Chemie- und Pharmaindustrie deutlich vor Augen geführt. Für die Chemie- und Pharmaindustrie sollten daher sektorspezifische Strategien entwickelt werden.

- **Wachstumsbremsen identifizieren:** Im Rahmen des Green Deal sollen dem Acquis communautaire zahlreiche weitere Regulierungen hinzugefügt werden. Die Ziele der Vorhaben sind weitgehend nachvollziehbar, bei Ihrer Verfolgung sollten aber konsequent die am wenigsten wachstumsdämpfenden Pfade und Instrumente zur Erreichung gesucht und eingesetzt werden. Darüber hinaus ist ebenfalls ein konsequenter Abbau von unnötigem Erfüllungsaufwand durch eine effektive Implementierung von „One In, One Out“ notwendig. Mit Blick auf die Masse an KMU-Unternehmen in der EU müssen für einen verbesserten Regulierungsrahmen derselben die KMU-Tests wesentlich konsequenter, umfassender und disziplinierter durchgeführt werden.